



Niederschrift

2. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. September 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 13 der Tagesordnung: Anpassung der Nutzungsentgelte für die durch die OV Grötzingen zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten im Herbert-Schweizer-Haus Begegnungsstätte Grötzingen

Vorlage: 2024/0262/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Anhörung im Ortschaftsrat Grötzingen und Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die beigefügten Benutzungsentgelte zum 1. Oktober 2024.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung zu geändertem Beschluss: 38 Ja, 7 Nein
Mündlicher Änderungsantrag CDU: mehrheitliche Zustimmung: 42 Ja, 1 Nein

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 17. September 2024:

Ich würde der Frau Ortsvorsteherin zunächst das Wort erteilen, dass wir wissen, wie der Ortschaftsrat dazu steht.

Ortsvorsteherin Karen Eßrich: Der Ortschaftsrat Grötzingen bat mich noch einmal, Sie darauf hinzuweisen, dass der mehrheitlich angenommene Änderungsantrag der CDU, der nämlich politische Parteien und Wählervereinigungen begünstigen sollte in der Ausübung der politischen Willensbildung, nicht aufgenommen wurde in die Beschlussvorlage, die Ihnen vorliegt. Die Änderungen, die Sie dort in Rot sehen, stammen von einem vorherigen Änderungsantrag des Ortschaftsrates, die die Verwaltung aufgenommen hat. Da geht es aber um die Bezuschussung von Vereinen, die mildtätige Zwecke verfolgen, dass die auch eine Vergünstigung erreichen.

Von daher, der Änderungsantrag ist jetzt nicht eingearbeitet worden. Es wäre aber dem Ortschaftsrat Grötzingen wichtig, mehrheitlich zumindest, dass die aufgenommen werden. Aber es liegt an Ihnen als Gemeinderat, diese Änderungen mit aufzunehmen oder nicht.

Der Vorsitzende: Wenn ich mich an die Diskussion zu diesem Punkt in vorherigen Sitzungen erinnere, haben wir als Verwaltung sehr deutlich gemacht, dass wir die Vergünstigungen für Vereine, für mildtätige Zwecke aufnehmen, aber diese Parteiengeschichte problematisch sehen, zumal es noch ein Präzedenzfall in dieser Verordnung wäre. Deswegen wäre meine Empfehlung, dass wir das heute so beschließen, nachdem es viele Runden hinter sich gebracht hat. Wenn es im Gemeinderat eine erkennbare große Gruppe oder Mehrheit gäbe, dass wir die Parteien und Wählervereinigungen in ähnlicher Weise bei solchen Geschichten berücksichtigen sollten, dann sollten wir uns aus meiner Sicht dann anschließend noch einmal damit gründlich befassen.

Ich kann jetzt die verschiedenen kritischen Punkte nicht wiedergeben, die wir da sehen. Das würde jetzt auch, glaube ich, zu weit führen. Aber das wäre meine Empfehlung am heutigen Tag.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich muss sagen, das war mit Abstand die unverständlichste Vorlage in meinen letzten 20 Jahren. So etwas habe ich noch nie gesehen, dass etwas in Rot reingenommen wird, was dann doch nicht ist, also interessant, interessante Vorgehensweise. Ich kann mich aber Ihrem Vorgehen anschließen.

Allerdings muss ich Ihnen sagen, ich teile die Meinung nicht. Wir würden hier meiner Ansicht nach keinen Präzedenzfall schaffen. Denn durchaus gibt es in anderen Ortschaftsräten genau diese Vergünstigung auch. Von daher sollten wir dann, wenn es diese dort gibt und diese liegt vor, ich weiß es zum Beispiel von dem einen oder anderen sogar, dann sollten wir sie dort auch entsprechend aufnehmen. Wenn Sie uns heute zusichern, dass wir das im Nachhinein auch noch machen können, dann ist es für uns meiner Ansicht nach in Ordnung, dass wir jetzt zumindest einmal weiterkommen.

Aber ich muss ganz ehrlich sagen, so auch im Hauptausschuss letzte Woche bin ich davon ausgegangen, dass dies komplett mit aufgenommen ist. Deswegen stand es auch drin. Man sollte in Zukunft etwas, was nicht aufgenommen wird, auch bitte nicht in eine Vorlage mit aufnehmen. Es war wirklich sehr missverständlich. Ich glaube, auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ortschaftsrat in Grötzingen hatten es erst anders aufgenommen. Von daher bitten wir in Zukunft, so was etwas anders zu handhaben.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich muss sagen, wir sind jetzt als Fraktion ziemlich überrascht, weil wir der Meinung waren, dass wir hier nur Dinge abstimmen, die vorher im Ortschaftsrat verabschiedet worden sind. So, wie ich das jetzt verstanden habe, hat der Ortschaftsrat diese Regelung mit der Ermäßigung für die Parteien beschlossen. Können wir dann nicht eigentlich nur diese Version, die der Ortschaftsrat beschlossen hat, hier abstimmen und dann mit Ja oder Nein entweder durchwinken oder wenn wir Nein sagen, noch mal neu beraten? Weil ich glaube, das, was Sie jetzt vorschlagen, nämlich eine geänderte Version abstimmen, das können wir gar nicht.

Stadtrat Dr. Noé (FDP): Ich bezweifle, dass wir hier von einem Präzedenzfall sprechen. Soweit ich mich auf meine Erfahrungen aus dem Durlacher Ortschaftsrat richtig entsinne, sind auch in Durlach die Parteien privilegiert, günstiger anzumieten.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne an der Empfehlung festhalten, damit wir die Mehreinnahmen kriegen. Ein ursprünglich ausgearbeitetes Konzept ist vom Ortschaftsrat wieder

verworfen worden. Dann gab es eine Reihe von Änderungswünschen, die haben wir teilweise übernommen, teilweise nicht. Wir bräuchten sonst an dieser Stelle einen Änderungsantrag. Wenn Sie den hier zusammenpuzzeln, können wir den natürlich zur Abstimmung stellen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Wir haben gerade festgestellt, dass es nicht nur in Durlach ist. Es ist auch in Neureut so und es ist auch, gerade habe ich es hier gehört, in einem etwas kleineren Ortschaftsrat, der neben mir sitzt. Von daher würde ich mich dem Vorschlag von der FDP anschließen, dass wir über diesen Vorschlag, der im Grötzingener Ortschaftsrat so auch mit Mehrheit angenommen wurde, hier abstimmen. Dann stelle ich hier den Änderungsantrag.

Der Vorsitzende: Es gibt einen Änderungsantrag, nämlich die Variante, weiß dann jeder, was gemeint ist? Ich glaube, schon. Nein? Okay. Also ich würde dann die Vorlage gerne zurückziehen und würde sie im Oktober noch einmal präsentieren. Wenn ein Teil des Gemeinderats sagt, er weiß nicht, was im Änderungsantrag drinsteht, können wir das nicht abstimmen. Dann kommt es jetzt auf die paar Wochen auch nicht mehr an. Dann ziehe ich den zurück.

Ich würde gerne folgenden Antrag jetzt Ihnen zur Abstimmung stellen. Sie beauftragen uns, das Thema politische Parteien und Wählervereinigungen mit in diese Satzung aufzunehmen. Wie wir das dann machen, das machen wir dann beim nächsten Mal und erklären Ihnen dann aber, warum wir damit ein Problem haben. Können wir so verbleiben? Dann würde ich das hier zur Abstimmung stellen. Vielleicht gibt es eine Mehrheit, die uns nicht beauftragt, dann sieht es wieder anders aus.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Ich würde vorschlagen, dass Sie vielleicht auch mit den anderen Ortschaftsräten in Verbindung treten, ob sich diese Zurufe, die wir jetzt gerade gehört haben, ob sich das bestätigt und dass Sie das dann aufnehmen in die Satzung.

Stadtrat Hock (FDP): Mir erschließt sich im Moment nicht, Herr Oberbürgermeister, welche Linie Sie verfolgen. Entweder es gibt einen Präzedenzfall, den gibt es aber nicht, weil es in anderen Ortschaften auch so gehandhabt wird. Dann bitte ich Sie, vielleicht jetzt einen Antrag zu stellen, den dieses Haus auch geschlossen mitgehen kann, weil die meisten in vielen Ortschaften auch tätig sind und es genau wissen. Deshalb verstehe ich gerade nicht, wieso Sie das jetzt so zur Abstimmung bringen wollen, wenn Sie doch genau wissen, wie es in den Ortschaften getan wird. Deshalb wäre es vielleicht sinnvoll, das jetzt wirklich abzuräumen, Herr Oberbürgermeister.

Wir reden schon über Monate über diesen Fall. Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, bin ich nicht mehr so ganz auf Ihrer Linie, dass Sie das jetzt noch einmal vertagen wollen. Das verstehe ich nicht, zumal es für Sie ganz klar schon Vorgaben aus den anderen Ortschaften gibt.

Stadträtin Uysal (SPD): Nach langem Hin und Her kommt jetzt ein mehrheitliches grünes Licht vom Ortschaftsrat, von der Ortsverwaltung. Man muss auch eins sehen, es ist schon ein großer Erfolg, dass der Ortschaftsrat nicht locker gelassen hat und somit erreichen konnte, dass zusätzlich zur ursprünglichen Verwaltungsvorlage nun auch mildtätige und Wohlfahrtsvereine aus Karlsruhe besonders berücksichtigt werden. Man muss auch

hervorheben, dass diese neue Entgeltordnung auch entbürokratisiert wurde in der Preisgestaltung. Das heißt, wir haben einen Tagungspauschalpreis und so weiter. Das heißt, mit dieser Vorlage erreichen wir eigentlich positive Effekte. Jetzt noch einmal es zu vertagen, wäre ein bisschen schade. Man könnte letztendlich über den Änderungsantrag, der von der CDU kommt, später noch einmal diskutieren. Man könnte noch einmal darüber sprechen, ob wir das irgendwie aufnehmen könnten. Die Frage ist eben, wie wir das aufnehmen könnten. Aber das würde ich lieber zu einem späteren Zeitpunkt machen wollen, denn jetzt wieder es noch mal abzusetzen und dann wieder mit einer neuen Vorlage hier reinzukommen, erachte ich nicht für sinnvoll, weil wir hier auch endlich einmal vorankommen möchten.

Der Vorsitzende: Es gibt den Änderungsantrag, dass wir das jetzt aufnehmen. Es gibt einen Teil des Gemeinderats, Herr Stadtrat Hock, der sagt, er weiß nicht, was im Änderungsantrag steht. Deswegen war mein Versuch, mit der Situation umzugehen, zu sagen, dann vertagen wir es lieber und schreiben es ordentlich rein. Wenn Sie auf den Änderungsantrag bestehen, können wir den auch hier zur Abstimmung stellen. Wer ihn nicht versteht, stimmt dann am besten dagegen, und dann scheidet es halt vielleicht. Ich habe auch nicht gesagt, dass das mit dem Präzedenzfall die einzige Argumentation ist. Es gibt noch andere Gründe, die die Vereine und die politischen Parteien an der Stelle aus unserer Sicht es schwer machen, sie gleichzustellen. Aber Sie sind natürlich Herren und Damen des Verfahrens.

Insofern stelle ich jetzt zur Abstimmung den Änderungsantrag, dass man diese Regelung für politische Parteien und für Wählervereinigungen mit aufnimmt, ein Änderungsantrag zu der vorgelegten Vorlage und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Ich bin immer der einzige Verwaltungstreue, ich sehe das schon. Gut, damit haben wir den Änderungsantrag angenommen.

Jetzt kommt die endgültige Vorlage inklusive der von Ihnen vorgenommenen Änderungen zur Abstimmung, und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Da bin ich dann nicht klein-kariert, Herr Hofmann. Die Logik erschließt sich mir nur eingeschränkt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Es war jetzt keine Zeit zwischen dem Änderungsantrag und der Abstimmung über den Antrag insgesamt unsere Position zu erläutern. Könnte das mein Kollege jetzt noch tun?

Der Vorsitzende: Sie können eine Erklärung abgeben zum Abstimmungsverhalten. Das gibt es. Herr Stadtrat Schnell, oder wer macht das?

Stadtrat Stolz (AfD): Kurz zur Stellungnahme. Grundsätzlich lehnen wir Gebührenerhöhungen ab, zumal in diesem Fall. Mit Blick auf die prognostizierten Kosten, das ist immerhin eine Steigerung von 30 Prozent bzw. dann 400.000 Euro im Jahr 2025, sehen wir hier keinen wesentlichen Kosteneinsparungserfolg, der dann eine Gebührenerhöhung als letzte Option rechtfertigt. Daher haben wir dem vorgeschlagenen Gebührennachlass zugestimmt, vollumfänglich, aber aufgrund der vorgenannten Punkte lehnt die AfD-Fraktion den Antrag im Gesamten dann ab, so wie eben geschehen.

Der Vorsitzende: Alles klar. Damit können wir den Tagesordnungspunkt verlassen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
10. Oktober 2024